



Sitzungsperiode 2018-2019
Sitzung des Ausschusses II vom 6. November 2018

FRAGESTUNDE*

1. Frage von Herrn NIESSEN (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zu den Massenentlassungen in der Industriezone East Belgium Park

Am vergangenen 23. Oktober kündigte die „Baronie“ Gruppe an das Schokoladenwerk „Jacques“ in der Eupener Industriestraße im Mai 2019 schließen zu wollen. Die 70 Mitarbeiter des Traditionsunternehmens stehen damit unmittelbar vor ihrer Entlassung.

Die Schließung der Chocolaterie Jacques ist diesen Herbst nicht die einzige Hiobsbotschaft aus der Industriezone East Belgium Park. Schon Ende September hatte das Welkenraedter Unternehmen Hexcel Composites den Abbau von 75 Stellen angekündigt, und einen Tag nach dem Bekanntwerden der Schließung von Jacques teilte auch der in unmittelbarer Nachbarschaft ebenfalls auf dem Gebiet der Gemeinde Welkenraedt befindliche Kompressorhersteller Emerson an, 72 seiner 320 Arbeitsplätze streichen zu wollen.

In ihrer Gesamtheit betrachtet bedeuten diese Meldungen für die Region einen Stellenabbau ungekannten Ausmaßes. Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Monaten mehr als 200 Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in deren unmittelbaren Nachbarschaft verlieren werden.

Daher folgende Fragen, Frau Ministerin:

- Welche Rolle fällt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insbesondere Ihnen als Beschäftigungsministerin im Rahmen der Schließung der Schokolaterie Jacques zu?
- Welche Werkzeuge haben Regierung und ADG in den vergangenen Jahren proaktiv entwickelt, um sich auf derartige Situationen vorzubereiten?
- Welche besonderen Maßnahmen planen Regierung und ADG, um den von den Massenentlassungen betroffenen Arbeitnehmern zur Seite zu stehen?

2. Frage von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin WEYKMANS zur geplanten Schließung der Chocolaterie Jacques

Ende Oktober hat der Süßwarenhersteller Baronie angekündigt, die Chocolaterie Jacques in Eupen im Mai kommenden Jahres schließen zu wollen. Begründet wird dieser Schritt seitens der Unternehmensführung mit Rentabilitätsproblemen.

Am kommenden 14. November soll die Renault-Prozedur eingeleitet werden, in deren Rahmen die Direktion und die Arbeitnehmervertreter über die weiteren Entwicklungen beraten werden. Diese Beratungen werden von hohem öffentlichem Interesse sein,

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

schließlich sind laut Presseberichten nicht weniger als 70 Mitarbeiter von der geplanten Schließung des Eupener Traditionsunternehmens betroffen.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie bewertet die DG-Regierung diese Entwicklung, nicht zuletzt was deren Auswirkungen auf den Standort Ostbelgien betrifft?*
- *Welche Maßnahmen gedenkt die DG-Regierung zu ergreifen, um die 70 betroffenen Arbeitnehmer zu unterstützen?*
- *Welche Möglichkeiten sieht die DG-Regierung, um solchen Entwicklungen betreffend den Standort Ostbelgien künftig verstärkt vorbeugen zu können?*

3. Frage von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin WEYKMANS zu den Gemeinderats- und Provinzwahlen 2018

Mit den Gemeinderats- und Provinzwahlen vom 14. Oktober 2018 zeichnete die Deutschsprachige Gemeinschaft erstmalig eigenständig für die Organisation beziehungsweise für die Aufsicht der Wahlgänge auf ihrem Gebiet verantwortlich.

Das neue System – basierend auf einer Computerwahl mit einer Bestätigung auf Papier – kam dabei ebenfalls erstmalig auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Einsatz.

Wie man der Presse und den öffentlichen Verlautbarungen entnehmen konnte, gingen die Abläufe der Wahlgänge größtenteils reibungslos vonstatten. In einigen DG-Gemeinden gab es jedoch kleinere Zwischenfälle. So traten mancherorts beispielsweise Probleme mit den Lesegeräten und den USB-Sticks auf. In zwei Gemeinden wurden auf den aushängenden Listen eine Listennummer beziehungsweise zwei Listenplätze auf einer Liste vertauscht.

Im Großen und Ganzen liefen die Wahlen jedoch – wie bereits angedeutet – reibungslos ab, was man nicht zuletzt daran erkennen kann, dass noch im Laufe des Wahlabends alle Resultate über die dafür vorgesehene Webseite veröffentlicht werden konnten.

Vor diesem Hintergrund und nicht zuletzt mit Blick auf die anstehenden Gemeinschaftswahlen im Mai nächsten Jahres lauten nun meine Fragen:

- *Welche Schlussfolgerungen zieht die DG-Regierung aus dem Ablauf der diesjährigen Gemeinderats- und Provinzwahlen?*
- *Gedenkt die DG-Regierung Maßnahmen zur Verbesserung des organisatorischen Ablaufs zu ergreifen und wenn ja, welche?*